

Das Parlament

Berlin, Dienstag 22. Mai 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 21-23 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Erster Etat des Neuen

Olaf Scholz Das war zu erwarten: Kurz, bündig und zunächst im Buchhalterstil sprach der neue Finanzminister in der Haushaltswoche über die Zahlen des Bundes für 2018. Olaf Scholz (SPD) legte dem Plenum seinen ersten Etatentwurf vor. Die Bundesregierung verfolge eine „solide“, „sozial gerechte“ und „zukunftsorientierte“ Haushaltspolitik, sagte der 59-Jährige. Er stellte sich



ganz in die Kontinuität der Politik der „Schwarzen Null“ von Amtsvorgänger Wolfgang Schäuble (CDU), was nicht jedem in der SPD gefällt. Beim Thema Europa präsentierte sich der bisherige Erste Hamburger Bürgermeister lebhafter und als Vizekanzler: „Europa ist für Deutschland das wichtigste nationale Anliegen“, sagt Scholz. Das Problem sei nicht die Stärke, sondern die Schwäche der EU. Der Hamburger SPD-Politiker Johannes Kahrs fand die Rede des Ministers „für seine Verhältnisse relativ lebhaft“.

ZAHLE DER WOCHE

772,1

Milliarden Euro sollen laut jüngster Schätzung die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen 2018 sein. Das sind allein in diesem Jahr 7,8 Milliarden Euro mehr als bei der letzten Steuerschätzung angenommen. Bis 2022 soll das Steueraufkommen auf 905,9 Milliarden Euro steigen.

ZITAT DER WOCHE

»Wir sollten etwas Gutes für die Bienen tun.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende, zum Schluss ihrer Rede in der Generaldebatte im Bundestag. Sie verwies auf den Weltbienentag am 20. Mai.

IN DIESER WOCHE

THEMA
Interview Die Grünen-Haushälterin Anja Hajduk im Gespräch Seite 2

THEMA
Verteidigung Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) will mehr Geld Seite 8

EUROPA UND DIE WELT
Irak Bei der Parlamentswahl siegte überraschend ein neues Bündnis Seite 11

KEHRSEITE
Rechnungshof Die Prüfer wachen streng über die Finanzen des Bundes Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Geld-Welle rollt

GENERALDEBATTE Differenzen in der Großen Koalition wegen Asyl und Armee

Früheren Finanzministern und Kanzlern trieb das Wort „Steuerschätzung“ oft Sorgenfalten ins Gesicht. Seit dem Etatsabschluss 2014 ist alles anders. Die „Schwarze Null“ steht und wankt nicht. Im Gegenteil: Die Staatskassen werden mit Geldwogen überspült. Über Ursachen des Milliardensegens und die Konsequenzen daraus gingen die Meinungen in der Haushaltswoche des Bundestages diametral auseinander. Die Koalition will sich in Europa spendabel zeigen und soziale Leistungen verbessern. Die Opposition will mehr investieren oder sogar Steuern senken. Am radikalsten formuliert dabei die AfD, für die die hohen Steuereinnahmen (Details siehe Text unten) nichts anderes sind als „Ausbeutung des Steuerzahlers nach Gutsherrenart“.

Eine Bilanz der Generalausprache zum Etat der Bundeskanzlerin in der vergangenen Woche zeigt: Die Zeiten des Kammermens der letzten Legislaturperiode sind vorbei; der Ton ist scharf geworden. Mit einer durchgehend forschenden, streckenweise auch polemischen Rede eröffnete AfD-Oppositionsführerin Alice Weidel die Debatte. Sie warf der Koalition „Tarnen und Täuschen“ vor. Im Bundeshaushalt würden nicht alle Ausgaben aufgeführt. So würden 30 Milliarden Euro, die Deutschland nach Brüssel transferiere, im Budget ebenso verschwiegen wie die Haftungen für andere Länder und Garantien für Euro-Rettungsfonds – „ganz zu schweigen von den Target 2-Salden, mit denen wir unsere Exporte selbst bezahlen“. Eine „absurde Steuerpolitik“ belastet kleine und mittlere Einkommen. „Während die Infrastruktur dieses Landes zerfällt, der Staat seine Bürger nicht mehr schützen kann, fließen Abermilliarden in die Aufnahme und Alimentierung illegaler Einwanderer und in die Sozialsysteme.“ Das sei keine zukunftsorientierte Politik, kritisierte Weidel und fuhr fort: „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“

Ordnungsruf Für diese Bemerkung, die zu tumultartigen Szenen bei den anderen Fraktionen geführt hatte, bekam die AfD-Politikerin von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) einen Ordnungsruf. Weidel diskriminiere alle Frauen, die ein Kopftuch tragen würden, sagte Schäuble. Der Einspruch der AfD-Politikerin wurde vom Bundestag zurückgewiesen.

Spielräume werden noch größer

ECKWERTEBESCHLUSS Bund macht keine neuen Schulden. 43 Milliarden Euro für »prioritäre Maßnahmen«

Die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung Anfang Mai dürften den Koalitionären gefallen haben. Zwischen 2018 und 2022 können Bund, Länder und Gemeinden laut den Experten im Vergleich zur Schätzung aus dem November 2017 mit Steuermehreinnahmen von 60 Milliarden Euro rechnen. Für den Bund ergibt sich damit nach Darstellung des Bundesfinanzministeriums ein unverplanter Spielraum von 10,8 Milliarden Euro bis 2022. Zwar prognostizieren die Schätzer für den Bund Mehreinnahmen von 30,7 Milliarden Euro, die Bundesregierung hatte in ihrer Haushaltsplanung für 2018 sowie in ihrem Eckwertebeschluss für den Etat 2019 und die Finanzplanung bis 2022 allerdings auch schon mit höheren Einnahmen gerechnet (siehe Seite 4).

Teils verplant Mit der vorgelegten Etatplanung (19/1700) für dieses und vor allem für die Haushalte 2019 bis 2021 will die Bundesregierung die sogenannten prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages umsetzen. Zwischen 2019 und 2021 sieht die Bundesregierung dafür – ohne die neuen Ergebnisse der Steuerschätzer – Spielräume in Höhe von 43 Milliarden Euro.



Geld ist reichlich vorhanden, jedenfalls in der Staatskasse.

© picture-alliance/Keystone/Keystone; Collage: Stephan Roters

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ging in ihrer Rede auf die Vorwürfe der Oppositionsführerin nicht ein. Sie nutzte die Debatte zu einer generellen Darstellung ihrer Politik und streifte auch den Haushalt nur kurz, der angesichts der Schuldenreduzierung „Generationengerechtigkeit pur“ sei. In der Europapolitik sprach sie sich für den Umbau des Euro-Rettungsfonds ESM zu einem Währungsfonds aus. Die Kanzlerin warnte vor einer Schwächung der deutschen Autofirmen. Deren Investitionsfähigkeit müsse erhalten bleiben. Merkel bedauerte die Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA. Sie bekannte sich zur Verantwortung für die europäische Nachbarschaft und nannte besonders Syrien und Afrika. Zugleich sprach sie sich für Regelung und Steuerung der Migration aus. Auf die Kritik aus der SPD an den geplanten Ankerzentren, aus denen abgelehnte Asylbewerber nach kurzem Verfahren

»Wir packen die großen Themen an und wir handeln.«
Andrea Nahles (SPD)

ren abgeschoben werden sollen, reagierte sie mit dem Hinweis: „Ich finde, jetzt sollten wir auch alle dazu stehen.“ Merkel sprach sich auch für größere Investitionen in das Militär aus. Es gehe „nicht um Ausrüstung, sondern es geht ganz einfach um Ausrüstung“. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles reagierte ablehnend. In den letzten Jahren seien die Mittel für Verteidigung nicht einmal ausgeschöpft worden. Die SPD-Politikerin lobte die Beschlüsse zu Verbesserungen in der Pflege und zusätzliche Stellen bei Justiz und Polizei. Der Rechtsstaat werde nicht aufgegeben. „Wir packen die großen Themen an und wir handeln“, versicherte Nahles.

FDP-Fraktionschef Christian Lindner erinnerte, 2007 hätten die Gesamteinnahmen 540 Milliarden Euro betragen, 2020 würden es 905 Milliarden sein. Es hätte nicht nur eine „Schwarze Null“ geben dürfen, sondern Überschüsse seien „möglich und

nötig“. Lindner verlangte Steuersenkungen: „Wir können es uns nicht leisten, die höchsten Steuersätze der Welt zu haben.“ Sahn Wagenknecht (Linke) begrüßte Merks Kritik an der Iran-Politik des amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Eine eigenständige und selbstbewusste europäische Außenpolitik fordere die Linke schon lange. Wagenknecht kritisierte die zu geringen Investitionen und sagte, diese „grandiose Mannschaft von schwarzen und roten Nullen“ schaue zu, wie Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude verrotten würden. Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen, sagte, der Haushalt sei gefangen in den alten Routinen. Unzureichend seien die geplanten Maßnahmen gegen steigende Mieten und den Wohnungsmangel. Volker Kauder, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, ging auf die „Kopftuchmädchen“-Äußerung von Weidel ein: Wie die AfD-Politikerin über andere Menschen gesprochen habe, habe nichts mit einem christlichen Menschenbild zu tun. „Was Sie heute gemacht haben, ist das glatte Gegenteil davon, und dafür sollten Sie sich schämen“, so Kauder. Hans-Jürgen Leersch

EDITORIAL

Hanseat in Schwarz

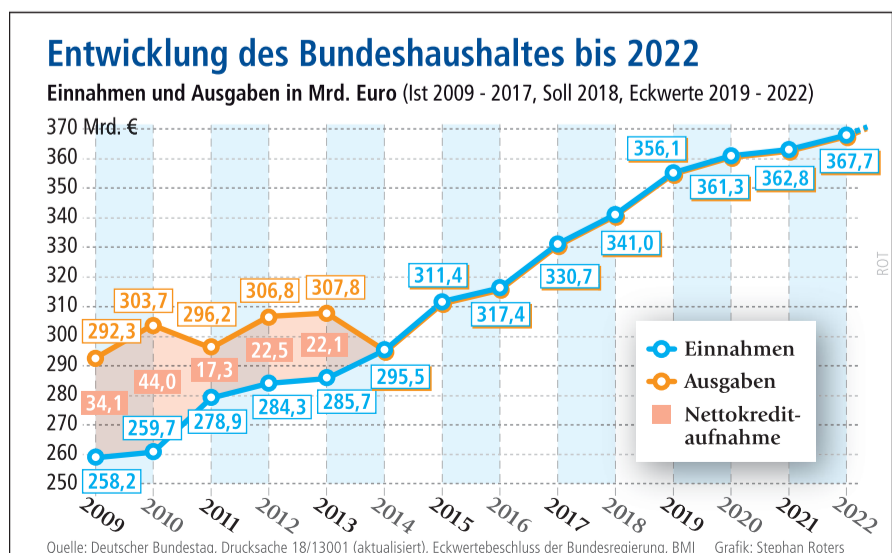
VON JÖRG BIALLAS

Die Häme ließ nicht lange auf sich warten: Als „Rote Null“ wurde der neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) verspottet, weil er die „Schwarze Null“ in seinem Entwurf des Haushaltes für das laufende Jahr fortschreiben will. Scholz, emotional verbunden mit den Hansestädten Osnabrück, wo er geboren wurde, und Hamburg, wo er zuletzt als Erster Bürgermeister fungierte, ertrug die Kritik mit hanseatischer Gelassenheit.

In der vergangenen Woche erläuterte der Ressortchef dem Bundestag bei der 1. Lesung des Haushaltes 2018 ebenso ruhig wie sachlich, warum er es trotz sprudelnder Steuereinnahmen für geboten hält, das Geld im Staatsäckel zusammenzuhalten: aus Verantwortung für die kommenden Generationen. Im Grundsatz ist dem schwer zu widersprechen. Vor allem die Sozialausgaben werden in den nächsten Jahrzehnten rasant steigen; schon jetzt verschlingt dieser Bereich jeden zweiten Euro im Bundeshaushalt. Wer also dafür plädiert, dass das Schwarz an der aktuellen Haushaltsnull verblasst, bürdet unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln eine Last auf, die kaum zu schultern sein wird.

Kritiker dieser Politik fordern trotzdem mehr Mittel für die Investitionsförderung als vorgesehen und sind bereit, dafür Schulden zu machen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Schon in der vorherigen Legislaturperiode wurde das bereitgestellte Geld von potenziellen Empfängern nicht komplett abgerufen. Gescheitert ist manches Projekt von Ländern und Kommunen an der mangelnden Kraft, Projekte mitzufinanzieren, und den komplizierten Vergabeverfahren. Höchste Zeit also, das Planungsrecht zu reformieren, um dann gezielt, sinnvoll und in angemessenem zeitlichen Rahmen Geld zur Verfügung zu stellen. Gelingt das, wird die Bewertung dieses Haushaltes ablenken von einigen Punkten, die parteipolitisch motiviert im Koalitionsvertrag gelandet und von zweifelhafter Wirkung sind. Dazu gehören das Baukindergeld, die Mütterrente oder der Abbau des Solidaritätszuschlages.

Wenn das Parlament diesen Haushalt Anfang Juli in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause verabschiedet, wird unter dem Strich wieder eine „Schwarze Null“ stehen. Damit ist dokumentiert, dass Deutschland in guten Zeiten abermals ohne zusätzliche Schulden auskommt. Man muss kein Hanseat sein, um das als beruhigend zu empfinden.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

